

Aus den öffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 10. März 2020

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am Dienstag, den 10. März 2020 kam der Gemeinderat zur jüngsten öffentlichen Sitzung des Gremiums zusammen. Beginn der Sitzung des Gemeinderats war hierbei um 19:30 Uhr. Es waren zur Sitzung 9 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und als Vorsitzender Herr Bürgermeister Koptisch anwesend. 1 Gremiumsmitglied hatte sich zur Sitzung entschuldigt.

Als erster Tagesordnungspunkt stand die Beratung zum **Abwasserzweckverband Eschental** und der Frage einer Untersuchung zum **Anschluss der Kläranlage Bernstadt und Kläranlage Eschental an die Kläranlage des Zweckverbands Steinhäule in Ulm** zur Beratung an. Konkret ging es darum als Mitgliedsgemeinde im Abwasserzweckverband Eschental darüber zu entscheiden, ob die von der Verbandsführung vorgeschlagene **Vorgehensweise zur Untersuchung der Maßnahme** umgesetzt werden soll, also ob die Möglichkeiten zum Anschluss an das Klärwerk Steinhäule in Ulm durch ein Ingenieurbüro untersucht werden sollen.

Im Gemeinderat wurde das Thema eingehend erörtert. Dabei wurde die Untersuchung als sinnvoll angesehen, da man im Falle einer Sanierung der Kläranlage, oder einer Ausleitung der Abwässer an ein anderes Klärwerk auf Fördergelder durch das Land Baden-Württemberg angewiesen ist und im Gremium einhellig die Meinung vertreten wurde, dass solche Fördergelder durch das Land Baden-Württemberg nur genehmigt werden, wenn alle Möglichkeiten untersucht werden.

Da die Ausleitung der Abwässer zum Klärwerk Steinhäule in Ulm die aktuell wohl bevorzugte Lösung des Landes Baden-Württemberg darstellt, war man im Gremium der Auffassung, dass diese Untersuchung auf jeden Fall angestellt werden müsse. Trotzdem gab es zu dieser Überlegung der Ausleitung der Abwässer auch Vorbehalte. Dabei spielt die Frage der Technik und der Kosten für ein solches Projekt ebenso eine Rolle, wie das Thema, dass dem Grundwasserkörper auf der schwäbischen Alb durch die Ausleitung weiteres Wasser entzogen wird.

Schlussendlich war man im Gremium der Auffassung, dass der Erhalt der Kläranlage Eschental weiterhin nicht aus den Augen verloren werden dürfe, jedoch die vorgeschlagene Untersuchung umgesetzt werden müsse.

Nach eingehender Beratung sprach sich der Gemeinderat **einstimmig** für die Beauftragung der Untersuchung zum Anschluss an das Klärwerk Steinhäule in Ulm durch den Abwasserzweckverband Eschental aus.

Im Tagesordnungspunkt 2 wurde über die **Märkte** in Altheim (Alb), hier konkret über die **Anpassung der Standplatzpreise für den Lichtmessmarkt und den Herbstmarkt** beraten.

Die Verwaltung teilte hierzu mit, dass die bisherigen Standplatzpreise 1,50 Euro pro laufenden Meter Standplatz betragen und somit unter den Preisen umliegender Märkte liegen. Bereits bei den letzten Märkten hatte die Verwaltung gegenüber den Standbetreibern verlauten lassen, dass eine Anpassung der Preise angedacht ist.

Die Verwaltung unterbreitete den Vorschlag die Preise auf 4,00 Euro pro laufenden Meter Standplatz zu erhöhen, da die letzte Erhöhung auf den 20.11.2001 datierte.

Weiter wurde durch die Verwaltung empfohlen weiterhin für den Weihnachtsmarkt keine Standplatzgelder zu erheben, da es sich hierbei um ein Bürgerprojekt handelt.

Für den Wochenmarkt schlug die Verwaltung ebenso vor auf Standplatzgelder weiterhin zu verzichten, da es sich bei diesem um einen Infrastrukturbeitrag handelt.

Ebenso wurde vorgeschlagen Standplatzgelder für Waren- und Maschinenpark analog den normalen Standplatzgeldern mit 4,00 Euro festzulegen.

Das Standgeld für einen gemeindlichen Marktstand mit 4 Metern Länge wurde auf 25,- Euro (Standleihe ,inkl. Fläche) vorgeschlagen. Dies war bisher mit 10,00 Euro veranschlagt.

Aus dem Gemeinderat wurde die Vorgehensweise begrüßt, jedoch darauf hingewiesen, dass man sich in Zukunft eine Überprüfung der Tarife in kürzeren Abständen wünscht. Nach eingehender Beratung erteilte der Gemeinderat **einstimmig** seine Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag.

Im Tagesordnungspunkt 3 war die Beratung zur **Kommunalen Kita** und hier zur **Anpassung der Preise für die Mittagessen** vorgesehen. Hintergrund war dabei, dass durch den bisherigen Lieferanten für die Mittagessen der Kita in Altheim (Alb), die AWO in Lonsee, überraschend im Dezember 2019 eine Preiserhöhung für 01.01.2020 mitgeteilt wurde. Nach eingehenden Gesprächen bezüglich der kurzfristigen Preisanpassung mit der AWO Lonsee, sowie einer Prüfung der allgemeinen Marktlage musste festgestellt werden, dass trotz der Preisanpassung die AWO Lonsee der geeignetste Anbieter bleibt.

Die Verwaltung sprach sich dafür aus die Preise pro Mittagessen für Kita-Kinder auf 3,65 Euro (bisher 3,10 Euro) und die Preise pro Mittagessen der Krippen-Kinder auf 2,00 Euro (bisher 1,55 Euro) zu erhöhen, um die Preissteigerungen auszugleichen.

Gleichzeitig bat die Verwaltung den Gemeinderat die Preiserhöhung erst zum Kita-Jahr 2020/2021 umzusetzen, um den Familien Verlässlichkeit zu geben und die Preise nicht im Verlauf eines Kita-Jahres erhöhen zu müssen.

Weiter ersuchte die Verwaltung die Preiserhöhung der Mittagessen ggfs. bei Fragen der Preiserhöhung in den Kitas zum Kita-Jahr 2020/2021 zugunsten der Eltern zu berücksichtigen.

Der Gemeinderat teilte die Auffassung der Verwaltung und erteilte **einstimmig** der beschriebenen Vorgehensweise seine Zustimmung.

Im Tagesordnungspunkt 4 mit dem Titel **Rechtssichere Bauplatzvergabe im Rahmen der Vorgaben der Europäischen Union** stand die erste Vorberatung des Gemeinderats zur **Festlegung von Kriterien zur Bauplatzvergabe** an. Hierbei erklärte sich 1 anwesendes Gremiumsmitglied zum Thema für befähigt, nahm nicht an der Vorberatung teil und nahm für die Dauer des Tagesordnungspunktes im Zuschauerraum Platz.

Die Verwaltung hatte hierzu einige Stichworte zusammengetragen, welche aus der Verwaltung als wichtig angesehen wurden. Dabei ging es u.a. um die Berücksichtigung der örtlichen Bevölkerung, Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit in örtlichen Vereinen und Organisationen, Berücksichtigung von Arbeitsplätzen am Ort, die Frage wie mit den Themen „Ehepaare, Lebenspartnerschaften, nicht verheirateter Paare“ umgegangen werden soll, Berücksichtigung von sozialen Situationen, wie z.B. häuslicher Pflege und das Thema „Paaren mit Kindern und Paaren ohne Kinder“ (vorhergehende Aufzählung als Auszug).

Aus dem Gemeinderat wurden verschiedene Frage und Themen aufgeworfen. Unter anderem wurde angesprochen, dass auch Tätigkeiten im überörtlichen Ehrenamt berücksichtigt werden könnten, auch wurde dem Thema des früheren Wohnsitzes hoher Stellenwert eingeräumt (Erläuterung: Menschen die bereits im Ort gewohnt haben und verzogen sind, sollten nicht gegenüber Menschen mit aktuellem Wohnsitz benachteiligt werden – Beispiel Studenten). Auch wurde Beschulung am Ort als Argument vorgebracht.

Ein wichtiger Punkt war dem Gremium auch die Fragen, wie bestehendes Eigentum (selbstgenutzt oder vermietet) bei der Bauplatzvergabe berücksichtigt werden sollte. Zu den genannten Punkten erfolgte eine erste, intensive Diskussion, welche die Vielfalt der Argumente widerspiegelte. Dabei wurde auch deutlich, dass diese erste Ideensammlung als Grundlage für weiter Beratungen dienen könnte, wobei man ebenfalls Einigkeit darüber hatte, dass diese erste Vorberatung mit Blick auf die Themen keine abschließende Liste hervorbringen konnte.

Man vertagte sich nach einer eingehenden und konstruktiven Diskussion auf einen weiteren Sitzungstermin, um auf Basis der ersten Gedanken der Vorberatung das Thema weiter zu verfolgen.

Im folgenden Tagesordnungspunkt 5 ging es um ein Baugesuch. Der Titel war hierbei **Anbau eines Windfang und einer Gardrobe auf dem Grundstück 89174 Altheim (Alb)**,

Bergstraße 2, Flst. Nr. 648. Hierbei erklärten sich 2 anwesendes Gremiumsmitglied zum Thema für befähigt, nahm nicht an der Beratung oder Beschlussfassung teil und nahm für die Dauer des Tagesordnungspunktes im Zuschauerraum Platz.

Das Vorhaben wurde dem Gemeinderat anhand von Plänen und Skizzen zur Verdeutlichung und Erläuterung präsentiert. Aus dem Gemeinderat gab es zum Vorhaben keine Bedenken.

Nach kurzer Beratung wurde dem Vorhaben aus der Runde der stimmberechtigten Gemeinderatsmitglieder **einstimmig** die gemeindliche Befürwortung erteilt.

Im Tagesordnungspunkt 6 mit dem Titel **Bekanntgaben** wurde verschiedene Themen im Gemeinderat benannt.

Zuerst wurde über die Mitteilung des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis zu den örtlichen **Bushaltestellen**, hier die **Installation Dynamischer Fahrgastinformationssysteme (DFI)** beraten. Es wurde durch die Verwaltung mitgeteilt, dass der Alb-Donau-Kreis 2 solcher Systeme (je 1 System in der Lange Straße und in der Haßlerstraße) vorsieht. Dies wurde aus dem Gemeinderat, trotz der damit verbundenen Unterhaltsverpflichtung für die Kommune, begrüßt. Es wurde der Vorteil der besseren Information der Bevölkerung zum öffentlichen Personen-Nahverkehr gesehen. Die Verwaltung regte an ein solches System beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis auch für die geplante Bushaltestelle im Neubeugebiet „Bürzel“ ins Gespräch zu bringen. Auch dies fand die Zustimmung des Gemeinderats.

Als zweiter Punkt wurde mitgeteilt, dass auf Basis der Beschlussfassung des Gemeinderats in öffentlicher Sitzung vom 14.11.2019, TOP 2, ein **Vertrag zur Übernahme des forstlichen Revierdienstes im Körperschaftswald (KW1)** mit der Unteren Forstbehörde des Alb-Donau-Kreis durch die Verwaltung aufgrund Ermächtigung durch den Gemeinderat geschlossen wurde. Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

Als dritter Punkt ging es um das **Verpackungsgesetz**, im Besonderen um die **Sammlung von Leichtverpackungen (Systembeschreibung ab 2021)**, wozu eine Anfrage des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis ergangen war, ob die Kommunen weiterhin beim „Gelben Sack“ bleiben wollen. Als Option wurde hier zwar die „Gelbe Tonne“ genannt, jedoch bei vollem Kostenrisiko der Kommune und ohne Gewähr, wie lange im Zweifel die „Gelbe Tonne“ von den Anbietern des Entsorgungssystems bedient werden würde.

Auch vor dem Hintergrund der Rückübertragung der Aufgaben der Abfallwirtschaft auf den Alb-Donau-Kreis sah der Gemeinderat aktuell die beste Lösung darin im perspektivisch verlässlichen System des „Gelben Sacks“ zu bleiben. Man war unter anderem der Auffassung, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein Experiment mit der „Gelben Tonne“, ohne Sicherheit wie lange dieses System möglich bleibt, zu riskant ist.

Im Tagesordnungspunkt 7 mit dem Titel **Anfragen aus dem Gemeinderat** ergingen drei Wortmeldungen aus dem Gemeinderat.

Zuerst wurde aus dem Gemeinderat angefragt, ob es Erkenntnisse gibt, **ob der Brezgenmarkt durchgeführt wird.**

Die Verwaltung musste hierzu mitteilen, dass die Mitteilung vorliegt, dass der Brezgenmarkt für das Jahr 2020 auf Basis der Corona-Krise abgesagt wurde.

Weiter wurde aus dem Gemeinderat darauf hingewiesen, dass in **Zähringen, Ortsausgang in Richtung Altheim (Alb), der „Kantel“ stark verschmutzt ist und in Mitleidenschaft gezogen wurde.** Die Verwaltung wurde dringend aufgefordert hier Abhilfe zu schaffen.

Von Seiten der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass man das Thema mit der Straßenmeisterei Langenau als Straßenbaulasträger noch einmal besprechen werde und hoffe hier eine Lösung zu finden.

Eine weitere Wortmeldung erging bezüglich dem Säuwettele und des dort vorhandenen Zauns, welcher nach einem Unfallschaden wieder instandgesetzt werden musste. Aus

dem Gemeinderat wurde die **Arbeit des Bauhofs zur Ertüchtigung des Zauns im Sinne des Naturdenkmals und der Verkehrssicherheit für das Objekt gelobt.**

Die öffentliche Gemeinderatsitzung vom 10. März 2020 endete um 20:47 Uhr. Der Gemeinderat und die Verwaltung bedanken sich bei teilnehmenden Bevölkerung und der Presse für die Teilnahme an der Sitzung.

Eine nichtöffentliche Beratung des Gemeinderats schloss sich an.

Bekanntgabe aus der nichtöffentlichen Beratung:

In nichtöffentlicher Beratung wurde das Thema „Corona-Virus“ beraten und dabei die weltweite Entwicklung, aber auch die örtlichen Möglichkeiten thematisiert. Hierzu wurden verschiedene Vorschläge der Verwaltung zur Vorgehensweise und zum Umgang mit der Situation vorgestellt.

Der Entwicklung wurde bereits in der Beratung am 10.03.2020 ein hoher Stellenwert und Risikopotenzial eingeräumt, weshalb sich die Verwaltung hierzu eingehend mit dem Gemeinderat über mögliche Maßnahmen und Szenarien zur Sicherheit und zum Schutz der Bevölkerung abstimmte.

gez.

Andreas Koptisch
Bürgermeister